

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 06. OKTOBER 2022

GESCH.-NR. 2020-1360

BESCHLUSS-NR.

IDG-STATUS öffentlich

SIGNATUR

16 GEMEINDEORGANISATION
16.04 Stadtparlament (bis 2021 Grosser Gemeinderat)
16.04.22 Postulate

BETRIFFT

Postulat Kilian Meier, Mitte, und Mitunterzeichnende, betreffend Engage-Anliegen der Jugend von Illnau-Effretikon: Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum / Substantielles Protokoll

[...]

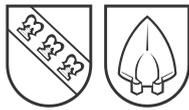
2. **Geschäft-Nr. 2020/108**
Postulat Kilian Meier, Mitte, und Mitunterzeichnende, betreffend Engage-Anliegen der Jugend von Illnau-Effretikon: Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum - Antrag des Stadtrates zur Beantwortung / Erledigung

ANTRAG DES STADTRATES

In Beantwortung bzw. zur Erledigung des vorstehenden Postulates unterbreitet der Stadtrat mit Beschluss (SRB-Nr. 2022-165) vom 25. August 2022 einen Antrag um Abschreibung bzw. Erledigung des Vorstosses samt zugehörigem Bericht.

Eingang des Postulates:	10. Dezember 2020
Mündliche Begründung im Stadtparlament durch den/die Postulanten/in	4. Februar 2021
Überweisung des Postulates zu Händen des Stadtrates	4. Februar 2021
Beantwortungsfrist (gemäss Art. 43 Abs. 1 GeschO STAPA)	4. Februar 2022
Eingang der stadträtlichen Antwort	25. August 2022

Die detaillierten Erläuterungen des Stadtrates ergeben sich aus der stadträtlichen Berichterstattung, wozu auf die separaten Akten verwiesen wird.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

VOM 06. OKTOBER 2022

GESCH.-NR. 2020-1360

BESCHLUSS-NR.

PLENARDEBATTE

In Anwendung von Art. 43 Abs. 4 GeschO STAPA erteilt *der Parlamentspräsident* dem Postulanten, Kilian Meier, Mitte, Mitglied des Stadtparlamentes, das Wort, da dieses bei Vorliegen des stadträtlichen Antrages auf Abschreibung bzw. Erledigung des Postulates mindestens der Urheberschaft zusteht.

Postulant, Kilian Meier, Mitte, Mitglied des Stadtparlamentes, lässt den Geschäftsgang des Vorstosses Revue passieren.

Vor ziemlich genau drei Jahren habe das Parlament dem Stadtrat ein Postulat von Parlamentsmitglied Markus Annaheim, SP, und Mitunterzeichnenden, zur Schaffung einer politischen Plattform für Jugendliche in Illnau-Effretikon überwiesen. Gestützt auf jenes Postulat sei der sogenannte «engage-Prozess» ins Leben gerufen worden. Der Prozess lasse die politische Partizipation von Jugendlichen zu. Seitens des Stadtparlamentes haben die Mitglieder Markus Annaheim, SP; Stefan Hafen, SP; David Zimmermann, EVP; Roman Nüssli, SVP, und seines Zeichens Kilian Meier, Mitte, selbst, Einsitz in der dazu eingesetzten Begleitgruppe genommen.

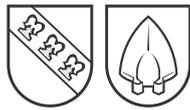
Zu Beginn des Engage-Prozesses lieferte eine Befragung bei 150 teilnehmenden Jugendlichen das Faktum zu Tage, wonach sich Zweidrittel der Befragten weitgehend dahin äusserten, dass ihre Stimme im Rauschen der Politik verklänge, nicht erhört werde und somit im politischen Diskurs nicht repräsentiert sei.

Die Begleitgruppe kam aus Folge dessen überein, auf überparteilicher Basis zumindest ein Anliegen, das im Engage-Prozess geäussert wurde, aufzunehmen und in einem Vorstoss zu formulieren. Das nun zu Grunde liegende Postulat fordere eine Steigerung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Diesem komme gerade in der heutigen Zeit immer einen höheren Stellenwert zu. Das Postulat wurde dem Stadtrat im Dezember 2020 ohne Gegenstimme zur Bearbeitung überwiesen. Das durch sämtliche Fraktionen mitgetragene Postulat hätte sich entsprechend als Chance erwiesen den Jugendlichen zu demonstrieren, dass sie durchaus durch die politischen Vertreterinnen und Vertretern erhört würden und ihre Stimme doch etwas zähle. Leider habe der Stadtrat diese Gelegenheit mit seinem nun vorliegenden Bericht vertan.

Der Stadtrat habe eine hochkarätig besetzte Arbeitsgruppe eingesetzt. Es sei ihr auch gar nicht zu unterstellen, dass sie das Anliegen nicht ernstgenommen habe. Die stadträtliche Herangehensweise zeige zunächst eine strukturierte und umfassende Vorgehenspraxis, um der Herausforderung auf verschiedene Ebenen mit Massnahmenpaketen zu begegnen, was grundsätzlich begrüssenswert sei. Eine solche Vorgehensweise erweise sich gerade im Bereich der Raumplanung als sinnvoll, wirken jene Ergebnisse doch nachhaltiger als irgendwelche unausgereifte «Schnellschüsse», die letztendlich niemanden befriedigen oder die im öffentlichen Raum nicht funktionieren. Entsprechend bedankt sich Kilian Meier beim Stadtrat und der formierten Arbeitsgruppe, dass diese das postulierte Anliegen seriös aufgegriffen hätten.

Der heutige Stand der Arbeiten vereine aber die Unzufriedenheit der Urheberschaft auf sich. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, da der Stadtrat die maximal mögliche Bearbeitungsfrist ausgenutzt habe und diese sogar noch überstrapaziert hätte. Das Postulat hätte denn auch gefordert, die Aufwertung des öffentlichen Raumes durch den Einsatz von Strassenmobiliar inklusive Beschattung, Begrünung und weiterer Infrastruktur zu bedienen. Es sei den Urhebenden einleuchtend, wonach innerhalb der Bearbeitungsfristen des parlamentarischen Prozesses nicht einmal ebenso schnell sämtliche Anliegen zur Aufwertung des gesamten Stadtgebietes umgesetzt werden könnten.

Das Postulat umschliesse per se ja stets lediglich einen Prüfauftrag. So sei es der Form entsprechend auch nicht unüblich, dass der Stadtrat dem Stadtparlament dazu gelegentlich einen Bericht unterbreite, der



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

VOM 06. OKTOBER 2022

GESCH.-NR. 2020-1360

BESCHLUSS-NR.

erledigungsfähig sei, da er zumindest einen Fahrplan enthalte, der das weitere Fortkommen zum Anliegen aufzeige.

Der nun vorliegende Bericht tue dies mitnichten. Der Bericht lese sich denn auch nicht einfach. Es sei die Rede von mehrjährigen Planungs- und Umsetzungsprozessen, von städtebaulichen Entwicklungsprozessen, Musterprozessen, usw. Das Wort «Prozess» erscheint in der stadträtlichen Stellungnahme rund 19 Mal – der Begriff fände im Schwerpunktprogramm des Stadtrates zur vergangenen Legislatur nicht einmal halb so viel Anwendung.

Das eigentlich im ursprünglichen Kontext geforderte Mobiliar würde in den Ausführungen nur ein einziges Mal erwähnt – und zwar im Zusammenhang mit irgendwelchen Qualitätsvorgaben.

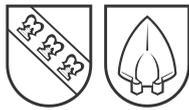
Der Stadtrat schaffe es, eine höchst theoretische Auseinandersetzung abzuliefern, ohne dabei eine griffige Umsetzungsmassnahme zu nennen. Und damit meine Kilian Meier nicht etwa, dass auf dem Märtplatz in einer Nacht- und Nebel-Aktion irgendwelche Stühle installiert würden. Vielmehr gehe es um die Benennung von konkreten öffentlichen Räumen, die sich zur einer Aufwertung der Aufenthaltsqualität eignen. Hintangestellt und gleich nachfolgend wäre zu dem wünschenswert gewesen, mit welchen Massnahmenpakten diese Aufwertung erzielt werden können. Und diese Massnahmen dürften durchaus einer gewissen Kreativität entspringen. Kilian Meier erwähnt beispielsweise eine Pop-up-Bar im Sommer oder im Winter ein Angebot mit Punsch- und Glühweinständen samt mit Fellen und Decken ausgestatteten Sitzgelegenheiten. Allenfalls würden sich auch Räume erschliessen, die jetzt noch gar nicht wirklich bekannt seien. Selbstverständlich sei der Stadtrat denn auch gehalten, die ungefähren Kostenfolgen und einen Zeitplan zur Realisierung aufzuzeigen. All dies fehle im Bericht gänzlich.

Was am meisten ärgere, sei die Tatsache, dass dort, wo der Stadtrat in seinem Bericht vermeintlich konkret werde, echte Massnahmen, von neuen Erkenntnissen gänzlich ausbleiben. Kilian Meier hofft, dass sich Stadt und Eigentümerin beispielsweise bei einer möglichen Erneuerung des Effimärt-Areals einige in diese Richtung zielende Gedanken anstellen. Der Stadtrat verweise denn auch bloss auf ein Pilotprojekt der aufsuchenden Quartierarbeit an der Weiherstrasse, ohne dazu irgendwelche konkrete Ansätze weiter auszuführen.

Der Stadtrat verzichte in seinem Bericht zudem darauf, irgendwelche temporäre Massnahmen vorzusehen. Gerade diese könnten dem öffentlichen Raum und den nutzenden Gruppen wie Familien mit Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen und Seniorinnen und Senioren unterschiedlich aber auch gemeinsam positiv zuteilwerden.

Und auch bezüglich Finanzierung von Massnahmen bleibe der Stadtrat in seinen Ausführungen unkreativ. Er verweise auf das Instrument des Mehrwertausgleichsfonds. Dieses Mittel sei nicht neu und entspringe dem 1980 in Kraft getretenen Raumplanungsgesetz. Die einzige echte Neuerung, die der Stadtrat in seinem Bericht präsentiere, komme in Gestalt der Stadtplanerin daher, welche die Einladung zur Sitzung der Stadtplanungskommission nun auch dem Leiter der Abteilung Gesellschaft weiterleite. So solle festgestellt werden, ob das Gremium allenfalls auch Themen von gesellschaftlicher Relevanz besser in einen übergeordneten Kontext einbetten könne. Der Wert dieser Massnahme zu Gunsten der Steigerung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum scheint dann doch eher weit entfernt.

Möge sich doch der Stadtrat nun in die Lage der Begleitgruppe versetzen. Was sollen deren Mitglieder den Jugendlichen nun darüber berichten, was aus ihrem Vorstoss geworden sei. Mehr als eine theoretische Abhandlung habe nicht resultiert. Das Anliegen sei keinen Schritt weiter. Weder Orte noch Massnahmen seien benannt bzw. definiert, die aufzeigen, wie der öffentliche Raum und dessen Aufenthaltsqualität in naher Zukunft aufgewertet werden könnten.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

VOM 06. OKTOBER 2022

GESCH.-NR. 2020-1360

BESCHLUSS-NR.

Dem Stadtrat sei in der Folge gestützt auf die Geschäftsordnung nochmals im Rahmen eines Ergänzungsberichtes ein halbes Jahr Zeit zur Konkretisierung des Vorhabens einzuräumen. Das Postulat möge daher am heutigen Sitzungsabend nicht erledigt, sondern aufrechterhalten bleiben. Sollte es der Stadtrat auch im Rahmen des Ergänzungsberichtes nicht schaffen, eine konkretisierende Roadmap zu erstellen, so behalten sich die Urhebenden die Einreichung einer Parlamentarischen Initiative vor.

Die allgemeinen Verfahrensvorschriften, wie sie laut Art. 66, Abs. 4 GeschO STAPA im aktuellen Fall zur Anwendung gelangen, sehen vor, dass das Parlament bei Anträgen, welche die Erledigung bzw. Abschreibung von Postulaten umschliessen, nach erster Stellungnahme der Postulanten, die Diskussion eröffnen kann, sofern der entsprechende Bedarf ausgewiesen und eine solche beantragt wird.

ROMAN NÜSSLI, SVP

Roman Nüssli, SVP, seines Zeichens ebenso Mitglied der zur Begleitung des «Engage»-Prozesses eingesetzten Arbeitsgruppe und Mitunterzeichnender des zu Grunde liegenden Postulates, habe der Diskussion nicht mehr vieles beizufügen. Der Postulatsinhalt führe eindeutig aus, was das ursprüngliche Ziel des Anliegens gewesen sei. Der nun vorliegende elfseitige Bericht vermittle den Jugendlichen nun ganz sicherlich nicht den Eindruck, wonach sie durch die politische Ebene gehört bzw. verstanden worden seien. Der Stadtrat habe es verpasst, dass durch alle Parteien unterstützte Anliegen wohlwollend zu bearbeiten. In der Folge votiere auch Roman Nüssli samt angeschlossener Fraktion für die Aufrechterhaltung des Postulates.

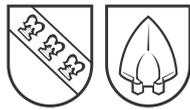
STEFAN EICHENBERGER, FDP

Stefan Eichenberger, FDP/JLIE, sekundiert, was Vorredner Kilian Meier bereits ausgeführt habe. Die freisinnigen Kräfte in diesem Parlament stünden für unbürokratische, einfache Beantwortungen von Vorstössen ein, was im vorliegenden Fall nicht gegeben sei. Der Stadtrat habe einige hochdotierte Abteilungsleitungen und gar eine Professorin mit der Erarbeitung des Berichtes beauftragt, da sei es enttäuschend, dass letztendlich bloss ein akademischer nichtssagender Bericht resultiere. Der Stadtrat möge sein Vorgehen auch mit Blick auf künftige Beantwortungen grundsätzlich und in Bezug auf dieses Geschäft ohnehin nochmals überdenken.

Die FDP/JLIE-Fraktion könne einer Erledigung dieses Postulates am heutigen Abend ebenso nicht zustimmen.

DOMINIK MÜHLEBACH, SP

Dominik Mühlebach, SP, begrüsst formell den durch den Stadtrat gewählten Prozessablauf zur Prüfung des Antrages betreffend die Förderung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Durch Optimierung der übergreifenden Zusammenarbeit zwischen den Ressorts Gesellschaft, Hoch- bzw. Tiefbau soll der Weg geebnet werden, um gezielt Aufenthaltsorte einer Aufwertung zuzuführen. Aus Sicht von Dominik Mühlebach sei es denn zu dem auch ebenso erfreulich, wonach der Stadtrat Bereitschaft signalisiere, sich den einzelnen sozialen Brennpunkten im Rahmen der Quartierarbeit anzunehmen. So werde die Umgebung des Quartiers



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

VOM 06. OKTOBER 2022

GESCH.-NR. 2020-1360

BESCHLUSS-NR.

rund um Weiherstrasse bereits einer Experimentierphase für die aufsuchende Quartierarbeit unterzogen. Gemeinsam würden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendarbeit mit den Anwohnenden kochen, essen, spielen, aber auch den Austausch unter der Nachbarschaft anregen.

Mit solchen Massnahmen kehre Leben in den verschiedenen teilweise anonymen Stadtgebieten ein, was ein harmonisches nachbarschaftliches Verhältnis begünstige. Solche Aktionen würden sicherlich auch in Zukunft unterschiedliche Unterstützungs- und Integrationsangebote ins Quartier tragen. Dieses Vorgehen erweise sich sicherlich als sinnvoll. Es sei von zentraler Bedeutung, dass die Stadt eine Brücke zur Bevölkerung schlage und wo nötig auch den Bewohnerinnen und Bewohnern transparent und adäquat unter die Arme greife.

Im Gegensatz zu den eben erwähnten gelungenen städtischen Massnahmen habe Dominik Mühlebach die Beantwortung des Postulates mehrheitlich als unbefriedigend empfunden. Dominik Mühlebach lässt dazu den zuvor bereits durch Postulat Kilian Meier erläuterten «Engage»-Prozess inhaltlich nochmals Revue passieren.

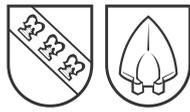
Das im Rahmen dessen eingereichte Postulat weise explizit auf die Bedürfnisse der Jugendlichen hin. Es benenne verschiedenste Ideen, wie die Ausstattung des öffentlichen Raumes mit WLAN-Netz, Liegestühlen, mobilem Strassenmobiliar usw. Der Stadtrat habe dies dem Vorstosstext nur unschwer entnehmen können. Ihm habe es sich sodann nahezu anerbieten, kreative Konzepte zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität innerhalb den nun zur Verfügung stehenden 18 Monaten Berichterstattungszeit auszuarbeiten. Stattdessen sei der Stadtrat dazu übergegangen, die teilweise bereits vorhandenen Aktionen der Jugendarbeit beim Märtplatz nicht einmal ansatzweise weiter zu konkretisieren. Weitere im Antrag wiedergegebene Anregungen wie die Ausstattung mit einem WLAN-Netzwerk, Steckdosen oder ebendiesem Strassenmobiliar wurden im Bericht sehr rudimentär oder gar nicht weiterverfolgt. Exemplarisch für die eher bescheidene an den Tag gelegte Kreativität sei dazu noch der Verweis auf das benachbarte Projekt des Stadtgartens, wobei es sich salopp ausgedrückt um eine nutzungsneutrale Wiese samt Sitzbänken und Bäumen handle.

Es sei mitnichten so, dass das Projekt des Stadtgartens nicht etwas Sinnvolles darstellen. Wenn aber ein Projekt derart durch einen städtebaulichen Prozess geschleust werde und dabei ein solches Ergebnis resultiere, dann hätten sich die Jugendlichen aber sicherlich etwas Anderes darunter vorgestellt bzw. erhofft.

Der Stadtrat möge vielmehr generationenübergreifende, aber auch generationsspezifische Projekte anvisieren. Beispielsweise in der Form einer Halbpipeline für Skate- und Kickboards auf dem Moosburg-Areal; oder ein Schachfeld mit Spielfiguren auf dem Märtplatz, wo Jung und Alt ihre Partien austragen können. Dominik Mühlebach zählt weitere Ideen wie Vogelhäuschen beim Stadtgarten, Liegestühle oder eben auch die Installation von Sportgeräten auf, die durch sämtliche Alterskategorien übergreifend verwendet werden könnten. Ein öffentlicher WLAN-Empfang würde einem Aufenthaltsort eine gewisse «Chill-Atmosphäre» verleihen. Andererseits würden sich ebenso neue Chancen erschliessen, welche dazu motivieren, die Arbeit oder auch das Lernen nach draussen an die frische Luft zu verlagern.

Dominik Mühlebach sei durchaus bewusst, dass nicht alle aufgezählten Vorschläge längerfristig in dieser Weise umsetzbar seien; trotzdem hätte er sich vermehrt eben auch die Durchführung punktueller Pilotversuche gewünscht. Hervorzuheben gelte es dabei aber auch noch die Sommerlounge im Sportzentrum Effretikon. Es sei wichtig, dass das Fundament bereits geschaffener oder angedachter Projekte dazu verwendet würden, um das Potenzial von diesen mobilen Orten bestmöglich in flexible Angebote zu überführen und auszuschöpfen. Es sei durchaus denkbar, dass aus diesem Projekt dereinst eine Jugendbar mit regelmässigen Öffnungszeiten an Wochenendabenden entstünden.

Die Konturen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität an öffentlichen Orten seien in dem durch den Stadtrat unterbreiteten Bericht nur fragmentarisch und schwach erkennbar. Es scheine zwar, dass im Rahmen der



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

VOM 06. OKTOBER 2022

GESCH.-NR. 2020-1360

BESCHLUSS-NR.

stadträtlichen Auseinandersetzung nun zumindest die Zuständigkeiten und die Prozessabläufe bei künftigen derartigen Geschäften definiert seien – mehr komme aber im stadträtlichen Bericht nicht zum Ausdruck.

Auch die SP-Fraktion komme nicht umhin, das Postulat nicht zur Erledigung zu empfehlen.

VOTUM DES STADTRATES
STADTRÄTIN BRIGITTE RÖÖSL, SP
RESSORT GESELLSCHAFT

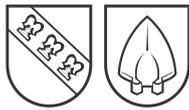
Stadträtin Brigitte Röösl, SP, stellt fest, wonach es sich früher einfach anfühle, als sie selber noch als Mitglied des Stadtparlamentes war, von der anderen Seite her «zu poltern». Nun stünde sie dem Parlament als Mitglied der Stadtregierung gegenüber. Als Mitglied des Exekutivgremiums verfüge sie noch nicht über viel Erfahrung, werde aber ihr Bestes geben, um auch in Situationen wie diesen eine Lösung zu finden.

Der Stadtrat geht mit der Meinung einher, wonach sich der «Engage»-Prozess als solches wert- und sinnvoll erwiesen habe. Dem Stadtrat sei es ebenso bewusst, dass seine Antwort zum zu Grunde liegenden Postulat lange auf sich habe warten lassen. Der Vorstoss berühre ihn der Tat ein komplexes Thema, weshalb zunächst viel Zeit darauf verwendet wurde, verschiedene strukturelle Aspekte zu diskutieren. Gerade in diesem Themenbereich scheint die interdisziplinäre und ressortübergreifende Zusammenarbeit äusserst wichtig. Die Stadt habe aber auch in der Vergangenheit bewiesen, dass sie diesbezüglich durchaus agil und flexibel operiert. Nun präsentiere sich die Sachlage aber so, dass bei diesem breit angelegten Thema eine derart umfassende Klaviatur von Ideen, Gesellschaftsschichten und Anspruchsgruppen zu begrüssen und adressieren sei, dass auch der Stadtrat sich genau überlegen muss, wie er diese Prozesse angehen und umsetzen will. Schlussendlich würden doch alle Akteure das Ziel eines lebenswerten Stadtraumes verfolgen.

Der Stadtrat wollte dem Anliegen eben nicht mit ein paar flüchtigen Massnahmen begegnen. Ein paar Stühle da, eine Liege dort – dabei entstünde kaum eine nachhaltige Verbesserung der Aufenthaltsqualität. Auch wenn der Stadtrat beispielsweise beim Effimärt mit der Installation zusätzlicher Sitzgelegenheiten in Form von Holzbalken einen unkomplizierten Mehrwert geschaffen hat.

Zum Stadtgarten sei zu erwähnen, dass dessen Gestaltung tatsächlich in einem sehr breit angelegten partizipativen Prozess entstanden sei.

Und auch die erwähnte Quartierarbeit bei der Weiherstrasse tangiere sehr wohl Fragen und Aspekte des gesellschaftlichen Einbezugs, der Belebung und der Form, wie die Bevölkerung zusammenkomme. Nur: Wenn sich der positive Effekt im verhältnismässig kleinen Bezugsraum des Weiherstrassenquartiers auf die ganze Stadt ausweiten soll, dann ginge das nur mit einer dazu notwendigen Erhöhung der diesbezüglichen Personalressourcen einher. Die Stadt entwickle sich – dem Stadtrat sei es ein grosses Anliegen, den verschiedenen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Stadträtin Brigitte Röösl bedauert, dass nun vorliegende Bericht zu technokratisch ausgefallen sei und wenig Konkretes aufzeige. Sie werde sich darum bemühen, jene Punkte abzudecken, die nun in der Diskussion gefallen seien. Brigitte Röösl verdeutliche aber auch, dass nun wohl wertvolle Zeit zur Erarbeitung des Ergänzungsberichtes zu investieren sei, anstatt dass jene Ressourcen für die tatsächliche Realisierung von Massnahmen bereitgestellt werden könnten.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

VOM 06. OKTOBER 2022

GESCH.-NR. 2020-1360

BESCHLUSS-NR.

Nachdem weder weitere Mitglieder des Parlamentes noch des Stadtrates das Wort zu ergreifen wünschen, ergeht die Abstimmung zur Abschreibung des Postulates.

ABSTIMMUNG

zu Dispositivziffern 1 und 2

DAS STADTPARLAMENT

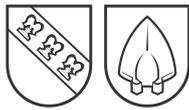
AUF ANTRAG DES STADTRATES
UND GESTÜTZT AUF ART. 43 DER GESCHÄFTSORDNUNG DES STADTPARLAMENTES

BESCHLIESST:

Der Bericht des Stadtrates zum Postulat von Kilian Meier, Mitte, und Mitunterzeichnende betreffend «Engage Anliegen der Jugend von Illnau-Effretikon; Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum» wird zur Kenntnis genommen.

1. Das Postulat wird nicht als erledigt abgeschrieben und bleibt aufrechterhalten. Dem Stadtrat wird gestützt auf Art. 43 Abs. 3 lit. b der Geschäftsordnung des Stadtparlamentes (GeschO STAPA; IE 100.02.01) eine Frist von 6 Monaten (bis 6. April 2022) zur Erstellung eines Ergänzungsberichtes eingeräumt.
2. Gegen diesen Beschluss ist das Referendum ausgeschlossen.
3. Gegen diesen Beschluss kann gestützt auf § 21a f. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRG) wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, erhoben werden.
4. Im Übrigen kann gegen diesen Beschluss gestützt auf § 19 ff. VRG wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes oder Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung innert 30 Tagen ab Publikation beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, schriftlich Rekurs erhoben werden.
5. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Kilian Meier, Mitglied des Stadtparlamentes, Märtplatz 11, 8307 Effretikon
 - b. Prof. Dr. Gabriela Muri Koller, ZAHW Soziale Arbeit, Pfingstweidstrasse 96, 8005 Zürich
 - c. Abteilung Gesellschaft
 - d. Abteilung Hochbau
 - e. Abteilung Sicherheit
 - f. Abteilung Tiefbau
 - g. Abteilung Präsidiales

Der obgenannte Beschluss kam in der Abstimmung zur Dispositivziffer 1 grossmehrheitlich und in der Abstimmung zur Dispositivziffer 2 mit Einstimmigkeit zu Stande.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

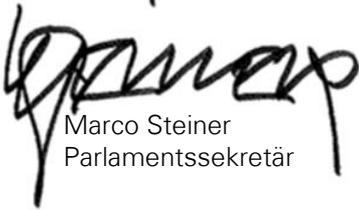
VOM 06. OKTOBER 2022

GESCH.-NR. 2020-1360

BESCHLUSS-NR.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

Stadtparlament Illnau-Effretikon



Marco Steiner
Parlamentssekretär

Versandt am: 07.10.2022